

## **Antrag**

**der Abgeordneten Wolfgang Gehrcke, Jan van Aken, Christine Buchholz, Sevim Dağdelen, Dr. Diether Dehm, Annette Groth, Heike Hänsel, Inge Höger, Andrej Hunko, Harald Koch, Stefan Liebich, Niema Movassat, Thomas Nord, Paul Schäfer (Köln), Alexander Ulrich, Kathrin Vogler, Katrin Werner und der Fraktion DIE LINKE.**

### **Keine Waffenlieferungen nach Syrien**

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Deutschland darf keine Waffen nach Syrien liefern.
2. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,
  - a) alles zu tun, um innerhalb der Europäischen Union durchzusetzen, dass das Ende Mai 2013 auslaufende EU-Waffen-Embargo gegen Syrien um ein Jahr verlängert wird;
  - b) gegenüber Großbritannien und Frankreich darauf hinzuwirken, dass beide Staaten sich weiterhin an die EU-Entscheidung, keine Waffen nach Syrien zu liefern, halten und auf einseitige Waffenlieferungen verzichten. Sollten sie gegen die bisherige EU-Absprache entscheiden und einseitige Schritte unternehmen, dürfen keine deutschen Waffen mehr in die beiden Staaten geliefert werden;
  - c) auf Staaten wie Saudi-Arabien, Katar, Irak, die Türkei und Russland einzuwirken, Waffenlieferungen bzw. die Zurverfügungstellung von Geldern zum Ankauf von Waffen an syrische Konfliktparteien zu beenden.

Berlin, den 19. März 2013

**Dr. Gregor Gysi und Fraktion**

**Begründung**

Die von Frankreich und Großbritannien angekündigte Lieferung von Waffen und Ausrüstung an die syrischen Rebellen würde dazu führen, den Bürgerkrieg zu verschärfen und noch mehr als die bereits von der UN geschätzten 70 000 Opfer fordern. Darüber hinaus würde eine solche einseitige Aktion eine gemeinsame europäische Syrienpolitik unmöglich machen.

Die Lieferung von Waffen würde den Bürgerkrieg weiter internationalisieren und die waffenliefernden Staaten zur direkt beteiligten Konfliktpartei machen. Verhandlungen zwischen dem syrischen Staat und der syrischen Opposition, wie sie vom UN-Sondergesandten angestrebt werden, würden noch unwahrscheinlicher gemacht. Bereits die Ankündigung direkter Waffenlieferungen sabotiert den Verhandlungsauftrag des UN-Sonderbeauftragten.

Sollte es zu einer direkten Unterstützung der Rebellen kommen, stünden sich die Mitgliedstaaten des Weltsicherheitsrates – Frankreich, Großbritannien einerseits und Russland andererseits – militärisch unmittelbar gegenüber. Dies würde eine Lösung des Konfliktes durch den Sicherheitsrat dauerhaft verhindern und einen militärisch herbeigeführten Regime Change zur Folge haben.

Die syrische Bevölkerung und über eine Million Flüchtlinge benötigen dringend umfassende humanitäre Hilfe.